

Berliner Tageblatt



Nr. 526

und Handels-Zeitung

Donnerabend, 5. Dezember 1925

Verl.-Redaktion: Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Luther bei Hindenburg.

Die Demission des Kabinetts.

Die morgigen Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern.

Das Reichskabinet ist heute vormittag um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten. In der die schwebenden politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Fragen besprochen werden sind. Es wurde natürlich über die Londoner Note und die dort geschehen Verhandlungen berichtet und beraten. Wie wir von gut unterrichteter Seite hören ist in dieser Kabinettsitzung auch die Notlage der Beamtenkassen einer Besprechung und Beratung unterzogen worden. Bekanntlich wird sich am 9. Dezember der Reichstag auf Grund des Materials das ihm die Regierung vorlegen muß mit der Frage der Bewilligung einer einmaligen Winterbeihilfe befassen. Nachdem die geschäftlichen Angelegenheiten im Kabinet erledigt waren, verließen die Staatssekretäre und die zustehenden Referenten den Sitzungssaal. Es fand die Ministerversammlung statt, in der die Demission des Kabinetts beschlossen wurde.

Zu Ende des Nachmittags wird Reichszankler Dr. Luther mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg begeben, um ihm das Demissionsgesuch der Reichsregierung zu unterbreiten. Es ist selbstverständlich, daß nach der Lage der Dinge der Reichspräsident dem Demissionsgesuch stattzugeben wird. Der Reichspräsident wird unverzüglich den Reichszankler Dr. Luther und das Reichskabinet ersuchen, vorläufig die Geschäfte weiterzuführen, wozu sich selbstverständlich das Kabinet bereit erklären wird. Alle weiteren Entschliessungen sind dann dem Reichspräsidenten vorbehalten. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß der Reichspräsident alsbald, spätestens am morgigen Sonntag, mit den Parteiführern Aushandlung nehmen wird, und sich dann erst schlüssig werden wird, wenn er mit der Kabinettsbildung beauftragt wird. Wie wir hören, trägt sich der Reichspräsident jedoch mit der Absicht, falls nicht unerwartete Schwierigkeiten eintreten, den bisherigen Reichszankler Dr. Luther zu ernennen, die Neubildung des Kabinetts in die Wege zu leiten.

Die Luftfahrtbesprechungen.

Die Verhandlungen zwischen den deutschen Luftfahrtsachverständigen und der Unteroffizierkonferenz der Beschieferkonferenz, die heute in Paris beginnen sollten, sind um einige Tage verschoben worden. Der genaue Termin steht noch nicht fest. Der „Matin“ bringt heute die Nachricht, daß seit zwei Tagen bereits Verhandlungen geführt würden, die einen guten Verlauf nähmen. Vermutlich meint das Pariser Blatt die in der vorigen Woche bereits beendeten Vorverhandlungen, deren Verlauf allerdings zu Hoffnungen auf einen Abschluß berechtigt.

Die Demokraten fordern die große Koalition.

Die Rede des Parteiführers Koch.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten Dr. Ernst Feder.

E. F. Bremen, 5. Dezember.

In der Ansprache über die Kulturfragen, die die heutige Verhandlung des Parteitagcs unter Leitung des Herrcn Moehring einleitete, machte Frau Grete von Bockland der Böhmenengenschaft, auf den Fall Schilling's zurückgreifend, vorzügliche Ausführungen über das hohe kulturelle und geistige Niveau der deutschen Nation. Die weitere Debatte fand in Wirkung und Gegenwirkung statt unter dem Eindruck, den Sellpachs getriggerte Ausführungen über das Verhältnis von Demokratie und Katholizismus hervorgerufen haben. Wie gestern Heintz trat heute Dr. Rauener einseitigen Formulierungen Sellpachs entgegen. Sellpach selbst betonte in seinem Schlusswort mit vollem Recht, daß nicht etwa seine Anführung eine Folge des bairischen Erbes sei, dieses ihm vielmehr eine Belastung seiner Anführung gewesen ist und daß selbstverständlich für die praktische politische Frage der Koalition der weltanschauliche Gegensatz ohne Belang bleibt. Auch vor der Ansicht ist, daß gestern mehr der Gehalte als der praktische Staatsmann gesprochen hat, wird dem ehemaligen bairischen Staatspräsidenten Dank dafür wissen, daß er furchtlos und riskantios das Verhältnis katholischer Weltanschauung zur demokratischen Idee und damit die religiöse Frage in ihrer Beziehung zur Politik zur Debatte gestellt hat. Die große Mehrheit des Parteitagcs stimmte dem Parteiführer Koch zu, der in seinem Dank an Sellpach feststellte, daß auch ein breiter Strom des katholischen Geisteslebens in die Demokratie mündet.

Der Parteiführer Koch wurde vom anstehenden Beschlusse begünstigt, als er das Wort zu seinem Referat „Erreichte und Erstrebt“ nahm. Klar gliederte sich seine fast zweistündige staatsmännische Rede, die häufig vom Volk unterbrochen, in ihrer Zweckmäßigkeit der äußeren und inneren Politik in gleichlicher Formelierung und prägnanter Fassung von ersten bis zum letzten Satz den Parteilagen feilschte. Er begann mit einem Rückblick auf die ausserordentliche Politik, in der sich jetzt auch auf der rechten die demokratische Einsicht durchgesetzt hat, und dauerte Streikmann für die Gründung des Wortes „nationale Volkspolitik“, weil er durch dies Wort auch die Deutsche Volkspartei für die bis dahin bösartig bekämpfte Verständigungs-Vereinbarung gewonnen hat. Der demokratische Führer rechtferdigte noch einmal die Locarno-Politik, für deren Einleitung die Demokratische Partei keine Verantwortung trägt, für deren Durchführung sie die Verantwortung zu übernehmen bereit ist, nicht als die Grundlage eines konservativen Pazifismus, dem alles, was ist, gut erscheint, sondern als den Ausgangspunkt einer Grundentscheidung, wieder herzustellen muß. Da fiel ein einziges Wort, ein entscheidendes Wort an die Adresse Italiens, das durch die Unterbrechung der deutschen Minderheit seine eigene rechtliche Tradition verleiht. Und an diesem Punkt, zu dem Volkstum auch Beziehungen braucht und durch den Eintritt in den Vorkriegsstand nicht aufgeben wird. Sichtlich richtet Koch gegen Luther und Streikmann den Vorwurf, daß sie sich auf die Verteidigung der juristisch-politischen Grundlage von Locarno beschränken, und daß sie mit Rücksicht auf die unentfesselten Anhänger in den eigenen Reihen es vermägen haben, die Befürwortung des Volkes mit dieser Politik in Einklang zu bringen. Er nahm den Reichspräsidenten gegen die Angriffe in Schutz, die Hindenburgs unbedingte Haltung in der Locarno-Frage ihm zugesprochen hat.

In seinen Ausführungen zur inneren Politik sprach er ausführlich über den Reichswehrminister Dr. Gessler, dessen Amtsführung bekanntlich auch in demokratischen Kreisen starken Widerspruch hervorgerufen hat. Koch stellte ein Doppeltes fest: zunächst, daß an der republikanischen Gesinnung Gesslers kein Zweifel erlaubt ist, sodann, daß die an seiner Amtsführung geübte Kritik in manchen berechtigt ist, daß in der Tat die Reichswehr sich auch heute noch nicht als ein Glied des neuen Staates fühlt, wie es notwendig ist, und daß ein rascheres Tempo für die Republikanisierung für die Reichswehr verlangt werden muß. Zugleich wiederholte Koch, was er schon selber gesagt hat: daß Gessler nicht als Verantwortlicher der Partei im Kabinet scheidet, und daß die Zugehörigkeit zum Kabinet kein Band zwischen der Regierung und der Partei bilde. Der Forderung von Parteirevolutionen widerriet er. Man wird annehmen können, daß seine abwägende Feststellung die Rücksichtnahme des zum Fall Gessler vorliegenden Antrages zur Folge haben wird. Wäre die Anmerkungsmasse lauter, so wären die Ausführungen zu der praktisch wichtigsten Frage des Augenblicks, der Regierungsbildung. Klar und eindringlich legte er dar: eine Minderheitsregierung ist unerträglich. Sie kann die Volkspartei nicht durchführen. Das Argument, das die Volkspartei im vorigen Winter für den Eintritt der Deutschnationalen geltend gemacht hat: die Minderheit könne Deutschland nicht regieren, müsse heute doppelt gelten lassen. Deshalb ist es nicht zu veranworten, wenn sie sich der großen Koalition verweigern. Unter starkem Beifall des Parteitagcs weist Koch darauf hin, daß je länger die Volkspartei zögert, um so stärker das Mißtrauen auf

Der Senatsfieg Briands.

Millerands verunglückter Gegenschlag.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. Dezember.

Der Senat hat, wie bereits im höchsten Teil der Morgenansage mitgeteilt wurde, um 12 Uhr 30 Minuten nach einem neuen feierlichen Appell Briands die Finanzvorlage der Regierung ohne Aenderung mit 205 gegen 26 Stimmen angenommen. Der Artikel 1, der die Inflation vorläufig, wurde mit 196 gegen 59 votiert. Die Mehrheit der Regierung war also viel größer, als alle Voraussetzungen gerechnet hatten. Es ist dem Ministerpräsidenten gelungen, den Senat davon zu überzeugen, daß im Interesse des Landes die innenpolitischen Kämpfe bei der Debatte über die Finanznot aufhören müssen. Nach der Rede Gherons war, wie bereits gestern angeführt wurde, der Erfolg der Regierung gesichert. Am Schluß der Sitzung brachte dann noch eine polemische Anrede Millerands einige Worte in die Debatte. Er übertrug sich auf den früheren Präsidenten bei der Annahme der Senatsentscheidungen seine Angriffe gegen Locarno und das Kartell an dem Ergebnis nichts an. Briand hat in der wichtigsten Frage, die seine Regierung zu lösen hatte, gesiegt. Er kann jetzt mit voller Kraft für den weiteren Ausbau der Politik von Locarno arbeiten.

Da in der Nacht über die Einzelheiten der Sitzung nur kurz berichtet werden konnte, ist ein Rückblick notwendig. Die Nachsitzung begann um 14 Uhr. Gleich am Anfang griff Poincaré in die Debatte ein, um auf eine Kritik an der früheren Regierung zu antworten, die der Senator Dubouche geübt hatte. Poincaré sagte, daß er als Ministerpräsident „jeder immer die Unterstützung des Senates gefunden habe, aber dafür von der Linken der Kammer befehligt im Stiche gelassen worden sei.“ Mit Recht ist ein Sozialist, nach einer Rede Francos-Markus war der Zwischenfall abgeklungen. Dann kam Briand. Während er langsam die Einzelheiten der Tribüne besprach, applaudierten die Senatoren und das Zentrum einstimmig. Es war keine inoffizielle Kundgebung der Partei, sondern eine spontane Anerkennung für den Mann, der seit der Rückkehr aus London noch nicht das Parlament verlassen hat, um seine Pflicht für das Land zu tun. Briand war sehr ernst. Er wußte, daß die Annahme der Vorlage gesichert war, aber eine geringe Mehrheit konnte ihn vor der öffentlichen Meinung wenig nützen. Mit dem Senat mußte anders gesprochen werden als mit der Kammer. Der Linker Briand fand sofort den richtigen Ton. Er verteidigte die Vorlage nicht; er überließ es dem Senat, über die Notwendigkeit der verlangten Opfer zu urteilen. „Ich bedauere aufrichtig, daß die Regierung dazu gezwungen wurde, solche Opfer zu bringen“, sagte der Ministerpräsident. „Es war aber wirklich nicht anders möglich. Einer so unglücklichen Veranlassung wie dem Senat brauche ich nichts weiter zu sagen. Sie haben ja die Situation bereits erkannt und begehrt ebenso wie ich, daß ein Ende gemacht werden muß.“ Briand verzichtete auf technische Erklärungen, die „in diesem Hause überflüssig seien“. Er wendet sich an den Patrioten, „daß die nationale Solidarität, die hier von jeder eine Stütze gefunden hat.“ Briand sagt: „Es gibt Stunden, in denen die Kritik schweigen muß. Natürlich ist es nicht schwer, zu kritisieren, aber jeder Franzose, der sich seiner Verantwortung bewußt ist, muß sich fragen, daß jetzt das Land nicht beunruhigt werden darf. Wenn eine Partei ein großes Opfer verlangt, dann wird es immer heute geben, die lassen, daß eine andere Partei es anders gemacht hätte. Sie wissen, daß diese Auffassung falsch ist. Hier handelt es sich nicht um das Vertrauen einer Partei, sondern um das Vertrauen der Nation.“ (Beifall.) Der Ministerpräsident geht über die Erinnerungen an die gemeinsamen überlebenden Gefahr des Krieges kurz hinweg. Er spricht zu den Senatoren rein opportunistisch, mit besonderer Rücksicht. „Sie

sind dafür bekannt, daß Sie allen Dingen genau auf den Grund gehen“, sagt er. „Sie haben auch dieses Gesetz scharf studiert, deshalb werden Sie aber auch begreifen, wie wichtig für den Erfolg der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen eine starke Mehrheit im Senat sein würde. Im Senat sitzen kluge und erfahrene Männer, fast alle des Volkes. Wenn die Regierung mit dem Senat einig ist, kann immer mit Vertrauen um, was die Regierung verlangt.“ Briand schließt seine Rede mit folgenden Worten: „Das Ausland sieht in unseren Maßnahmen eine Garantie für die Wiedererlangung unserer Freiheit. Ich bin sicher, daß die Anstrengungen, die das französische Parlament machen wird, unserem Kredit günstig sein werden.“

Als Briand beendet hat, folgt ihm der Beifall des ganzen Hauses. Sein Triumph wird nach jeder, als Millerand ihm zu verkünden vertritt. Der frühere Präsident der Republik hat wenig Glück mit seiner Rede. Millerand tut genau das Gegenteil von dem, was Briand getan hat; er hebt die Parteien gegeneinander und legt die Sozialisten und sich selbst in das Land in die Arme geführt zu haben. Die ersten Sätze werden ruhig angehört. Dann aber regnet es Spitzentwürfe. Die Rede ist: „Kriegs- und Verräter“. Jeder Satz Millerands wird verächtlich und verhöhnt. Vergebens bemüht sich der Präsident, die Ruhe wieder herzustellen. Sogar die Anhänger Millerands geben bald den Kampf auf und verzichten auf Beifall. Am Schluß der Rede folgt der Applaus der Rechten. Aber er kommt gegen den Sturm und das Jähren der Linken nicht auf. Herr Millerand ist ein erledigter Mann. Die Generaldebatte wird abgeschlossen und die Beratung der fünf Artikel beginnt. Um 12 1/2 Uhr ist alles zu Ende. Vor der Abstimmung zeigt sich noch ein Erfolg der Rede Millerands. Der Sozialist Reboul erklärt im Namen seiner Freunde, daß sie zuerst beschließen hätten, gegen die Regierungsvorlage zu stimmen. Nach der Rede Millerands ist es aber klar, daß die Regierung Unterstützung verdient, und deshalb würden die Sozialisten an der Abstimmung nicht teilnehmen, um die Minderheit der Opposition noch geringer zu machen. Die 26 Stimmen gegen die Regierung sind Stimmen der Rechten.

Abreise Chamberlains nach Genf.

(Telegramm.)

London, 5. Dezember. (W. Z. P.)

Der Minister des Auswärtigen Chamberlain und der Kolonialminister Amery sind heute früh zur Tagung des Völkerbundsrates nach Genf abgereist. Amery wird in Genf die Frage der Festgrenze behandeln.

Französische Artillerieoffensive gegen die Druzen.

(Melbung der Funktionäre Rudolf Wolff & Haus.)

Beirut, 5. Dezember.

Die französischen Truppen haben unmittelbar nach der Ankunft des neuen Oberkommandos für Syrien, de Jouvenel, begonnen, mit Artillerie gegen die aufständischen Druzen in operieren. Die Franzosen verfolgen das Ziel, 5000 Keffen, die nach im Süden gegen die französischen Truppen stehen, entweder zu umzingeln und gefangen zu nehmen oder zu vernichten.

London, 5. Dezember. (W. Z. P.)

Times' melden aus Aden: Die Zeibis, Anhänger des Zuan Jaha, haben Sabti, im Jemen, zwei Stunden von Maabi, besetzt.